

Protokoll

der ausserordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 15. September 2006, im Anschluss an die Bürgerversammlung der Schulgemeinde Schänis, 20.25 Uhr, im Mehrzweckgebäude Hof

Vorsitz: Erich Jud, Gemeindepräsident
Protokoll: David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Stimmberechtigung insgesamt: 2'434 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
anwesende Stimmberechtigte: 125 abgegebene Stimmausweise

Stimmausweiskontrolle: Joseph Tremp, Birlig 19, Schänis
Verena Glarner, Neugut 5, Schänis

Stimmenzähler: Joseph Tremp, Birlig 19, Schänis
Verena Glarner, Neugut 5, Schänis
Monika Meier, Bergli 1105, Kaltbrunn (Gde. Schänis)
Ludwig Giger, Gasterstrasse 1, Schänis

Mikrophon: Peter Schnyder, Warthausen Dorf 448, Schänis

Präsenz: Gemeinderat vollzählig

Ende der Versammlung: 21.00 Uhr

Die Ankündigung der Bürgerversammlung erfolgte gemäss Art. 45 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) rechtzeitig.

Einleitung

Die für die heutige ausserordentliche Bürgerversammlung der politischen Gemeinde traktandierte Genehmigung der Gemeindeordnung vom 7. Juli 2006 mit Anwendung ab 1. Januar 2008 basiert auf der Inkorporation der Schulgemeinde in die politische Gemeinde (Einheitsgemeinde). Über die Auflösung der Schulgemeinde Schänis mit Inkorporation in die Politische Gemeinde Schänis per 1. Januar 2008 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der heutigen Schulbürgerversammlung zu befinden.

Vorgängig der formellen Eröffnung dieser beiden Versammlungen richtet sich Gemeindepräsident Erich Jud punkt 20.00 Uhr mit folgenden Worten an die 125 anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger:

"Unsere Welt ist negativ ausgedrückt voller Widersprüche und positiv gesehen facettenreich und interessant. Auch können wir für jede Situation, jedes Thema und jede Behauptung zum Beweis die Aussage einer Geisteskapazität heranziehen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Schule. So sagt der römische Schriftsteller Gaius Petronius: 'Und deshalb meine ich, dass unsere jungen Leute in den Schulen ganz und gar ver dummt werden. Von der Wirklichkeit hören und sehen sie dort nichts.' Ganz anderer Meinung ist der amerikanische Erfolgsmanager Lee Iacocca mit seiner Aussage 'Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.'

Wir, die wir hier versammelt sind und uns für das Schulwesen interessieren, wissen, dass gute Schulen sehr, sehr wichtig sind. Und unsere Gesellschaft und die Steuerzahler sind auch bereit, der Schule die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Schänis hat, zu diesem Ergebnis ist auch die Arbeitsgruppe von 'Schänis konkret' gekommen, eine sehr gute Schule, was als Standortvorteil gilt. Diesen Standortvorteil wollen wir unbedingt sichern.

'Schänis konkret' ist aber auch zum Ergebnis gekommen, dass die Einführung der Einheitsgemeinde geprüft werden soll.

Im Frühling hat die Bürgerschaft Schulrat und Gemeinderat beauftragt, zusammen die Bildung einer Einheitsgemeinde zu prüfen und bewilligte dafür einen Kredit von 30'000 Franken. Weiter verlangte die Bürgerschaft, dass an einer ausserordentlichen Bürgerversammlung vom 15. September 2006 Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen sei.

Mit einer Information in 'Schänis aktuell' haben Schulrat und Gemeinderat die Bürgerschaft über die Arbeiten in Richtung Einheitsgemeinde orientiert.

Nach Mitte August wurden der Bürgerschaft Gutachten und Antrag zugeschickt. Die politischen Parteien haben über Gutachten und Anträge beraten und sind zum Ergebnis gekommen, dass die Einführung einer Einheitsgemeinde der richtige Weg für Schänis ist.

Vor einer Woche schliesslich haben Schulrat und Gemeinderat eine Orientierungsversammlung zum Thema Einheitsgemeinde durchgeführt, die zwar, gelinde gesagt, nicht sehr gut besucht war.

Schulrat und Gemeinderat sind überzeugt, dass die Zeit gekommen ist, die Organisation von zwei unabhängigen Gemeinden auf dem deckungsgleichen Gebiet in Schänis aufzuheben und in einer Einheitsgemeinde eine gesamtheitliche Politik zu ermöglichen."

Begrüssung

Nach diesen Ausführungen begrüsst Gemeindepräsident Erich Jud im Namen von Schul- und Gemeinderat alle Anwesenden herzlich zu den heutigen ausserordentlichen Bürgerversammlungen. Er stellt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Dr. oec. HSG Roger W. Sonderegger vor, der die Arbeitsgruppe "Einheitsgemeinde" als Fachmann begleitete und den heutigen Versammlungen für allfällige Auskünfte fachlicher Art beiwohnt.

Der Vorsitzende hält fest, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger heute grundsätzlich zwei Themen zu beraten haben, die eng miteinander verknüpft seien:

1. Die Auflösung der Schulgemeinde Schänis mit Inkorporation in die Politische Gemeinde Schänis per 1. Januar 2008.

Dies erfordere einen Entscheid der Schulgemeinde, die aber - wie bereits erwähnt - dieselben Bürgerinnen und Bürger wie jene der politischen Gemeinde umfasse. Nach einer kurzen allgemeinen Einführung werde also Schulratspräsidentin Sylvia Zweifel das Szepter übernehmen und durch die Schulbürgerversammlung führen.

2. Die Genehmigung einer neuen Gemeindeordnung mit Anwendung ab 1. Januar 2008.

Hier sei ein Beschluss der Bürgerinnen und Bürger der politischen Gemeinde gefragt. In Schänis seien Schulgemeinde und politische Gemeinde deckungsgleich.

Weiter führt Gemeindepräsident Erich Jud aus:

"Wer die aktuellen Entwicklungen in verschiedenen Gemeinden aufmerksam verfolgt, kann erahnen, dass die Tage der separierten Schulgemeinden gezählt sind. Viele Gemeinden haben die Inkorporation der Schulgemeinde bereits umgesetzt. In den meisten Gemeinden ist ein Modell mit weiterhin von der Bürgerschaft gewähltem Schulrat umgesetzt worden, wie dies Ihnen Schulrat und Gemeinderat auch für Schänis vorschlagen. Es gibt aber auch das Modell, wo der Schulrat eine vom Gemeinderat gewählte Kommission ist. Die Stadt St. Gallen ihrerseits will neu ganz ohne Schulrat arbeiten. Gossau will das Modell St. Gallen noch einmal prüfen. Dies ist ein kurzer Überblick über die Entwicklungen im Schulbereich.

Schänis will ganz bewusst das Modell der eigentlichen Volksschule beibehalten, wo also vom Volk gewählte Mitbürgerinnen und Mitbürger über die Geschicke der Schule wachen."

Gemeindepräsident Erich Jud erinnert an die wesentlichen Merkmale einer Einheitsgemeinde:

- Eine Gesamtpolitik, in der auch die Schulpolitik vom Gemeinderat mitgetragen wird;
- eine umfassende Finanz-, Investitions- und Liquiditätsplanung;
- eine weitgehende Entlastung des Schulrates von Finanz- und Baufragen und damit mehr Zeit für pädagogische Anliegen;
- eine effiziente Nutzung der vorhandenen Infrastruktur;
- eine einheitliche Führungsphilosophie.

Des weiteren erklärt er die Vorteile einer Einheitsgemeinde:

- Bessere Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Schulrat, weil institutionalisiert und personenunabhängig auf Dauer abgesichert (Kontinuität).

An dieser Stelle nimmt Gemeindepräsident Erich Jud die Gelegenheit wahr, Schulratspräsidentin Sylvia Zweifel im Namen der Bürgerschaft mit einem Blumenstrauss herzlich zu danken. Zehn Jahre habe er mit Sylvia Zweifel in sehr positiver Art und Weise zusammenarbeiten dürfen.

Weitere Vorteile:

- Ganzheitliche, auf die Mittel abgestimmte Finanzpolitik (weil Budget- und Steuerhoheit zusammengeführt) und effiziente Bewirtschaftung der Ressourcen.
- Konsequente und schnelle Bearbeitung von Querschnittproblemen (Sozialfälle, Jugendpolitik).
- Konsequente Vermeidung von Doppelspurigkeiten, bessere Ausnützung von Synergiepotenzialen und damit ein mittel- bis langfristig auszunützendes indirektes Sparpotenzial aufgrund von optimierter, einheitlicher und aufeinander abgestimmter Tätigkeit der öffentlichen Hand.
- Eine ganzheitlichere und breiter abgestützte Gemeindepolitik, welche die zukünftige Schulentwicklung einschliesst.
- Ein zusätzlicher Qualitätsgewinn für die Schule, weil die Schulbehörden sich von nicht-schulischen Aufgaben entlasten und sich stärker ihrer strategischen und pädagogischen Kernaufgabe widmen können.

- Schulrat und Schule werden durch die Integration ihres Präsidenten in den Gemeinderat an der allgemeinen Gemeindeentwicklung beteiligt und mit dieser vernetzt.
- Unveränderte Autonomie im pädagogischen Bereich, aber zusätzlich mitgetragen durch den Gemeinderat respektive durch die Gesamtgemeinde.

Daraus sei folgendes Fazit zu ziehen:

Schänis kann mit der Einführung des Modells Einheitsgemeinde seine Gemeindestrukturen gesamthaft vereinfachen und die Gesamtführung qualitativ verbessern.

Um 20.15 Uhr übergibt Gemeindepräsident Erich Jud das Wort an Schulratspräsidentin Sylvia Zweifel zur Durchführung der Schulbürgerversammlung.

Im Anschluss an die Schulbürgerversammlung, welche der Auflösung der Schulgemeinde Schänis mit Inkorporation in die Politische Gemeinde Schänis per 1. Januar 2008 diskussionslos und ohne Gegenstimme zustimmte, eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud zur Beratung und Abstimmung über die neue Gemeindeordnung um 20.25 Uhr die dafür notwendige Bürgerversammlung der politischen Gemeinde.

Er stellt fest, dass

- zur heutigen Bürgerversammlung rechtzeitig eingeladen wurde und die Unterlagen ebenso rechtzeitig zugestellt wurden;
- die Bürgerversammlung somit rechtskräftig durchgeführt werden kann.

Die Traktandenliste präsentiert sich wie folgt:

1. Genehmigung der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Schänis vom 7. Juli 2006 mit Anwendung ab 1. Januar 2008
2. Allgemeine Umfrage

Eine Änderung der Traktandenliste wird nicht verlangt, sie gelangt damit zur weiteren Behandlung.

1. Genehmigung der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Schänis vom 7. Juli 2006 mit Anwendung ab 1. Januar 2008

Der Vorsitzende erläutert, dass die Bürgerschaft die heute gültige Gemeindeordnung am 23. September 1983 beschlossen habe. In diesen 23 Jahren seit der Genehmigung seien verschiedene Änderungen beschlossen worden, so in den Jahren 1989, 1992, 1996, 1998, 2001 und 2003.

Unabhängig von einem möglichen Beschluss der Bürgerschaft über eine Einheitsgemeinde, habe das Departement des Innern dem Gemeinderat geraten, die Gemeindeordnung einer Gesamtrevision zu unterziehen. In der Regel handle es sich dabei um redaktionelle und nicht materielle Änderungen.

Ausnahmen

1. Die neue Gemeindeordnung, die der Gemeinderat der Bürgerversammlung vom 15. September 2006 zur Genehmigung unterbreitet, sei soweit ergänzt worden, als zusätzlicher Regelungsbedarf im Zusammenhang mit der Einheitsgemeinde notwendig wurde.
2. Bis anhin (bestehende Gemeindeordnung) habe der Gemeinderat über relativ grosse Finanzkompetenzen für Ausgaben für bestimmte Zwecke verfügt: Strassenbau, Umweltschutz, Hochbauten, Erschliessung von gemeindeeigenem Bauland, Beiträge an Wasserversorgungsprojekte. Diese Finanzkompetenz für den Gemeinderat falle gänzlich weg, weil man beim Departement des Innern der Meinung sei, dass diese Finanzkompetenzen bei guter Planung nicht benötigt würden. Mit einem entsprechenden Projekt könne entweder zugewartet oder aber eine ausserordentliche Bürgerversammlung einberufen werden.
3. Schulrat und Gemeinderat hätten bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung einhellig beschlossen, künftig wiederum sowohl die Südostschweiz wie auch die Linth Zeitung als amtliche Publikationsorgane zu berücksichtigen. Damit wolle man einen kleinen Beitrag zur Förderung der für die Region wertvollen Pressevielfalt leisten.

Gemeindepräsident Erich Jud eröffnet die Diskussion zu Traktandum eins.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates - gestützt auf den Beschluss der Schulbürgerversammlung:

Die Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Schänis vom 7. Juli 2006 sei zu genehmigen und ab 1. Januar 2008 anzuwenden.

Vorbehalten bleibt:

der noch abzuschliessende und dem fakultativen Referendum zu unterstellende Inkorporationsvertrag zwischen der Schulgemeinde und der Politischen Gemeinde Schänis.

Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.

Der Versammlungsleiter bedankt sich bei der Stimmbürgerschaft für den mutigen Entscheid und attestiert ihr, einen grossen Schritt in Richtung Einheitsgemeinde getan zu haben.

2. Allgemeine Umfrage

Zu Beginn der allgemeinen Umfrage teilt Gemeindepräsident Erich Jud folgendes mit:

"Der Dorfkern muss verschönert werden, war eine der Forderungen von 'Schänis konkret'. Zum Dorfkern gehört zweifelsohne auch das Grundstück der 'alten Schlossi'. Dieses Grundstück ist von der Gewerbe-Industriezone in die Kernzone umzont worden. Die entsprechende Verfügung des Baudepartements habe ich am letzten Mittwoch bekommen.

Die Eigentümerin des Grundstücks, die Stelka AG (mit anderen Worten die Gebrüder Ernst und Stephan Steiner und ihre Ehefrauen) wollen anstelle der heutigen Gebäude eine schöne, in die Kernzone passende Überbauung realisieren. Interessiert am Standort in der Kernzone ist auch die Polizei. Das Raumprogramm für einen neuen Polizeiposten mit Polizeihund liegt vor und ist von Architekt Fredi Steiner bereits in die nächste vorgesehene Bauetappe der Stelka AG integriert worden. Die Meinung ist, sofern auch Sie als Bürgerinnen und Bürger zu gegebener Zeit dieser Ansicht sind, dass die politische Gemeinde den Polizeiposten als Stockwerkeigentum baut und an die Polizei vermietet.

Interesse hat der Gemeinderat auch an unterirdischen Parkplätzen auf dem Gelände der 'alten Schlossi' bekundet. Dieser Wunsch des Gemeinderates wird von der Stelka AG bei der Planung als mögliche Option berücksichtigt. Die Stelka AG wird ihrerseits zirka im Oktober detailliert über die Bauabsichten auf dem Gelände 'alte Schlossi' informieren.

Zum Dorfkern gehört auch die Liegenschaft Kreuzstift. Die di Gallo-Gruppe als Eigentümerin dieser Liegenschaft wird einen Neubau mit zehn modernen Zimmern erstellen. Spatenstich ist am 20. September. Ist dieser Neubau einmal erstellt, wird das alte Gebäude restauriert und wird die Anzahl Zimmer verkleinert, ungefähr so, wie dies das Gutachten für den nicht zustande gekommenen Kauf dieser Liegenschaft durch die Gemeinde vorgesehen war."

Mit diesen Informationen gibt der Vorsitzende das Wort an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger weiter. Er verweist darauf, dass in der allgemeinen Umfrage gemäss Gemeindegesetz Fragen von allgemeiner Bedeutung über einen Gegenstand aus dem Aufgabenbereich der Gemeinde gestellt werden.

Emil Brühlmann, Ledigasse 60, richtet sich mit seiner Frage an Gemeinderat und Geschäftsprüfungskommission (GPK). Aus der Lokalpresse sei zu entnehmen gewesen, dass zwischen GPK und Gemeinderat Unstimmigkeiten herrschen oder geherrscht haben. Die GPK sei geschlossen zurückgetreten. Auch habe man vernommen, dass die GPK gemäss Anweisung des Kantons im Amt bleiben müsse. Als Einwohner von Schänis habe man aber nie offiziell konkret und genau erfahren, warum es derart massiv "krachte". Der Votant kenne als Betroffener zwar einen der Gründe, aber die meisten Versammlungsbesucherinnen und -besucher wohl nur die verschleierte Berichte aus der Lokalpresse. Emil Brühlmann ist der Meinung, dass offizielle, klare und ehrliche Informationen an alle Bürger überfällig seien. Darum frage er, was heute Abend Gemeinderat und GPK zu dieser Sache sagen können.

Gemeindepräsident Erich Jud bemerkt, dass Emil Brühlmann in seinem Votum bezüglich der Unstimmigkeiten zwischen Gemeinderat und GPK richtigerweise den Imperfekt - also die Vergangenheitsform - benutzt habe. Jetzt herrsche wieder Frieden. Und bei Gemeinderat und GPK sei es nicht anders als in einer Familie; wenn man die Diskussion über ein Thema wieder beginne, sei der Streit wieder da. Darum hätten sich Gemeinderat und GPK gegenseitig in die Hand versprochen, die Differenzen ad acta zu legen und neu anzufangen. Dies werden Gemeinderat und GPK auch so handhaben.

Peter Jud, Vorsitzender der GPK, obere Leimenstrasse 9, verweist auf das Gemeindegesetz, welches vorsehe, dass die GPK an der ordentlichen Bürgerversammlung informiere und allfällige Anträge stelle. Wie allgemein bekannt sei, hätten der Gemeinderat und die GPK am 21. August 2006 getagt und Wege und Formen gefunden für eine weitere Zusammenarbeit. Die beiden Gremien hätten vereinbart, die Meinungsverschiedenheiten nicht in der Öffentlichkeit auszutragen. Weiter könne der Votant sagen, dass die GPK am 14. Juni vom Amt für Gemeinden zu einer Aussprache nach St. Gallen eingeladen worden sei. Anwesend gewesen seien Frau Hubacher, Leiterin Amt für Gemeinden, und Frau Hauser vom Departement des Innern. In einem fünfstündigen Gespräche habe die GPK ihre Anliegen den zuständigen Stellen darlegen können. Ein Globalrücktritt wäre ein Novum im Kanton St. Gallen und sei praktisch unmöglich. So etwas könnte Schule machen, so dass eine Gemeinde bei Globalrücktritt eines Gremiums plötzlich führungslos dastehen würde.

Die Anliegen der GPK seien jedoch sehr ernst genommen worden und die kantonalen Stellen hätten Unterstützung zugesichert. Wenn die GPK weiterhin ernsthafte Meinungsverschiedenheiten mit dem Gemeinderat haben würde, hätte sie die Möglichkeit, jederzeit beim Amt für Gemeinden Rat zu holen. Folglich sei mit dieser Begründung der Globalrücktritt abgelehnt worden. Wie der Gemeindepräsident bereits gesagt habe, hätten sich Gemeinderat und GPK zu den verschiedenen Meinungsverschiedenheiten geeinigt. Es habe sich dabei um diverse kleine Sachen gehandelt, aber nicht um etwas absolut Gravierendes.

Auf beiden Seiten habe es eine gewisse Grösse gebraucht, einander wieder zu finden, fügt Gemeindepräsident Erich Jud an.

Emil Brühlmann, Ledigasse 60, glaubt, dass niemand ganz zufrieden mit diesen Aussagen sei. Er vermutet ein "Päckli" zwischen Gemeinderat und GPK. Die GPK habe aber einen ganz anderen Auftrag, nämlich die Überprüfung der Geschäfts- und Buchführung und damit verbunden die Information der Bürgerschaft. Er nehme an, dass keine persönlichen Streitigkeiten ausgetragen worden seien, sondern Fakten nicht in Ordnung gewesen sein dürften, welche die Bürgerschaft interessieren sollten. Darum stelle er folgenden Antrag: *"Wir verpflichten den Gemeinderat und die GPK, in der nächsten Ausgabe von 'Schänis aktuell' alle Bürger ehrlich und umfassend zu informieren; dies unter Federführung der GPK."*

Gemeindepräsident Erich Jud weist darauf hin, dass über nicht traktandierte Anträge nicht abgestimmt werden könne. Im übrigen sehe das Gemeindegesetz folgende klare Regelung vor: Die GPK könne im Falle mangelhafter Buch- oder Amtsführung der Bürgerschaft entsprechend Antrag stellen. Wenn etwas nicht in Ordnung sei, werde die GPK dies auch tun.

Michael Balmer, Solenberg Maseltrangen 25, unterstützt Emil Brühlmann. Er erachte es als nicht besonders vertrauensbildend, aus der Angelegenheit ein solches Geheimnis zu machen. Es soll darüber eine öffentliche Diskussion stattfinden.

René Müller, Solenberg Maseltrangen 88, stimmt Emil Brühlmann zu. Ihn befremde es, wenn man - was der Gemeinderat und die GPK wisse - in der Presse lesen konnte, dass gewisse Friktionen aufgetreten seien, was immer möglich sei, wenn Menschen zusammen arbeiten, er aber jetzt heute Abend erfahre, dass diese Friktionen beigelegt seien. Es sei wunderschön, wenn man dies zu hören bekomme, nur wisse die Bürgerschaft nichts von alledem. Bis jetzt habe er gedacht, dass zwischen den beiden Gremien immer noch Differenzen bestünden. Der Votant wirft die Frage auf, warum denn nicht dahingehend informiert wurde. Man wolle nicht wissen, aus welchem Grund Streitigkeiten entstanden sind, doch wäre es nach Ansicht des Votanten doch fair gewesen, die Bevölkerung darüber zu informieren, dass die Friktionen beigelegt werden konnten.

Gemeindepräsident Erich Jud verweist darauf, dass sehr wohl entsprechend informiert wurde, nämlich mittels eines Pressecommuniqués, welches in der Südostschweiz, der Linth-Zeitung und der Internetzeitung linth24.ch publiziert wurde.

Emil Brühlmann, Ledigasse 60, verweist auf einen Punkt, der nach seiner Ansicht zu Differenzen mit der GPK geführt habe. Wie die Stimmbürgerschaft der Presse habe entnehmen können, seien viele Einwohner von Schänis mit der heutigen Alterspolitik nicht ganz einverstanden. Und viele seien gar nicht glücklich, so wie es der Gemeinderat immer verkündet habe. Der Votant habe dies aber dadurch, dass seine Mutter im Kreuzstift lebe, hautnah erlebt. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion habe der Gemeinderat mittels einer Leistungsvereinbarung mit der Firma di Gallo eine konkurrenzlose Situation geschaffen und Schänis dieser Firma geradezu ausgeliefert. Überdies könne der Votant nicht verstehen, dass man ein Geschäft wie das Altersheim Eichen, welches jährlich Fr. 200' bis 300'000.00 in die Gemeindekasse abgeworfen

habe, an eine Firma für fünf Jahre verschenke. Dieses Jahr werde die Firma di Gallo mit 31 Insassen - das Haus sei voll - mit dem Altersheim Eichen ca. Fr. 400'000.00 verdienen. Über die Infrastruktur verfüge die Firma di Gallo gratis, das Heim sei voll besetzt, Küche und Verwaltung werde zentral vom Kreuzstift geregelt. Die Heimtarife vom Kreuzstift seien auch unanständig. Im Durchschnitt betrage der Hoteltarif im Altbau Fr. 22.00 pro Tag mehr als in allen umliegenden Heimen. Im Neubau mit Nasszellen betrage der Mehrbetrag Fr. 50.00 pro Tag. Die knapp hundert Heimbewohner des Altersheims Eichen und des Altersheims Kreuzstift würden dieses Jahr der Firma di Gallo 7,5 Mio. Franken bezahlen. Davon habe man in "Schänis aktuell" kein Wort lesen können - weder seitens des Gemeinderates noch seitens der Firma di Gallo. Dies habe den Votanten masslos geärgert. Es existiere eine einzige Ausnahme, nämlich das Altersheim Niederurnen. Im Vergleich zum Altersheim Niederurnen seien die Taxen im Kreuzstift in den Pflegestufen Besa drei und vier Fr. 14.00 resp. Fr. 24.00 günstiger. Dazu komme aber, dass das Altersheim Kreuzstift als einziges Heim für die Leibwäsche zusätzlich jeden Monat Fr. 50.00 verrechne. Weiter sei in der erwähnten Leistungsvereinbarung festgesetzt, dass die Gemeinde auf das Führen eines eigenen Alters- und Pflegeheimes verzichten müsse und mit keinem anderen Partner eine Leistungsvereinbarung abschliessen dürfe. Darum sei der Gemeinderat auch aus dem Zweckverband Pflegeheim vom Linthgebiet in Uznach ausgetreten. So erfahre die Gemeindekasse - so glaube Emil Brühlmann jedenfalls - eine Einsparung von Fr. 2'300.00, dafür müsse jeder Bürger von Schänis dort jeden Tag Fr. 13.00 mehr bezahlen, was für eine Person im Jahr Fr. 4'745.00 ausmache. Betreffend Pflege- und Zimmerqualität im Kreuzstift müsse er kaum mehr dazu sagen; dies habe die Stimmbürgerschaft der Presse entnehmen können.

Emil Brühlmann bringt zwei Anträge zur vorläufigen Kenntnisnahme vor, verbunden mit der Bemerkung *"ich werde dies an der Bürgerversammlung vom Frühling besser machen"*:

1. *"Der Gemeinderat ist zu verpflichten, die Leistungsvereinbarung vom 15.09.2005 auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen. Soviel ich weiss, ist dies Mitte 2008 auf Ende 2008 möglich. Bei Vertragsverletzungen natürlich sofort. Die GPK hat dies laufend zu überprüfen."*
2. *"Der Gemeinderat ist zu verpflichten, für uns Schänner eine ideale Heimsituation zu schaffen und uns Bürger aktiv miteinzubeziehen. Wir wollen auch unsere Zukunft im Alter noch mitbestimmen können. Nach Ablauf der Vereinbarung mit der Firma di Gallo müsste eine bessere Lösung funktionieren."*

In seiner Entgegnung, stellt Gemeindepräsident Erich Jud fest, dass einige Ausführungen Emil Brühlmanns nicht der Wahrheit entsprechen. So sei die Behauptung, der Gemeinderat habe in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit der Kurt di Gallo AG eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, absolut unhaltbar. Der Gemeinderat habe an einer Orientierungsversammlung die Bürgerschaft eingehend über die Leistungsvereinbarung orientiert. Überdies sei die Leistungsvereinbarung anschliessend während dreissig Tagen im Rahmen des Verfahrens zum fakultativen Referendum öffentlich aufgelegt.

Beim Austritt aus dem Zweckverband Pflegeheim Linthgebiet handle es sich um einen Entscheid der Bürgerschaft, welche aufgrund eines detaillierten Gutachtens dar-

über befunden habe. Auch die von Emil Brühlmann genannte Einsparung könne nicht mit dem Fixbetrag von Fr. 2'300.00 angegeben werden, sei diese Zahl doch davon abhängig gewesen, wie viele Personen aus Schänis sich im Pflegeheim Linthgebiet befinden würden. Der Austritt der Gemeinde Schänis aus dem Zweckverband sei erfolgt, bevor grosse Investitionen getätigt wurden, an denen sich Schänis hätte beteiligen müssen.

Bezüglich der Heimtarife könne der Vorsitzende nicht jedes Detail beantworten, da die Thematik nicht traktandiert sei. Es könne aber festgehalten werden, dass privat geführte Heime tendenziell teurer sind, weil sie nicht von den Steuerzahlern mitfinanziert würden.

Emil Brühlmann habe insofern recht, als dass gewisse Mängel im Alters- und Pflegeheim Kreuzstift bestanden hätten; dies weil die Führung vielleicht etwas überfordert gewesen sei. Die Kurt di Gallo AG habe die Problematik jedoch rechtzeitig erkannt und seit einiger Zeit eine Verstärkung der Führung geplant, was in der Zwischenzeit auch vollzogen worden sei. Viele Zeitgenossen hätten gegenüber Gemeindepräsident Erich Jud in letzter Zeit unmissverständlich kommuniziert, dass im Alters- und Pflegeheim Kreuzstift massgebliche Verbesserungen festzustellen seien - dies unabhängig vom Einsitz Ruedi Nicks (Gesamtleiter Alters- und Pflegeheim Kreuzstift) im Gemeinderat.

Michael Balmer, Solenberg Maseltrangen 25, fragt, ob es zutreffe, dass ein Gemeinderat neuerdings bei der di-Gallo-Gruppe ein Mandat habe.

Gemeindepräsident Erich Jud erklärt, die Anstellung eines Mitglieds des Gemeinderates bei der Kurt di Gallo AG sei seit längerer Zeit bekannt. Ein Mitglied des Gemeinderates sei in der Wahl seines Arbeitgebers frei.

Michael Balmer erachtet die Erklärung als plausibel, jedoch liege seiner Meinung nach eine gewisse Verandelung nahe. Im weiteren bemängelt er die Art und Weise der Information.

"Wir haben des Langen und Breiten in der Regionalpresse über die Angelegenheit berichtet und entsprechende Dokumentationen aufgelegt", klärt Gemeindepräsident Erich Jud auf. Mehrmals habe er auch schon darauf hingewiesen, dass die Leistungsvereinbarung mit der Kurt di Gallo AG nicht von jenem Gemeinderat ausgearbeitet wurde, der zu einem späteren Zeitpunkt ein Arbeitsverhältnis mit der Kurt di Gallo AG einging, sondern vom Sprechenden selbst in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales. Der Leistungsvereinbarung habe die Bürgerschaft zugestimmt.

Für Theodor Scheidegger, Ziegelhof 8, sei nachvollziehbar - so sein Votum - dass zwischen Gemeinderat und GPK Unstimmigkeiten entstehen können. Man wähle Personen in die GPK, damit diese orientieren können, wenn Unstimmigkeiten vorherrschten. Dies sei eigentlich das Ziel, dass die Bürgerschaft jemanden stellen könne, der kontrolliere wie die Gemeinde ihre Geschäfte abwickle. Die Möglichkeit un-

terschiedlicher Meinungen in diesem Zusammenhang, liege in der Natur der Sache. Er erwarte von der GPK einen offenen und ehrlichen Antrag an der ordentlichen Bürgerversammlung, damit die strittigen Punkte bekannt werden und die Bürgerschaft darüber abstimmen könne, was passieren müsse. Dies sei scheinbar nicht geschehen. Man höre jetzt diverse Sachen, deretwegen es vielleicht zum Streit gekommen sei, welcher es nötig gemacht habe, dass der Kanton die Gremien wieder zusammenführen musste.

Nach Meinung des Votanten wäre es an der Zeit, aus Sicht der GPK offen und ehrlich zu informieren; dies insbesondere im Zusammenhang mit den die Gemeinde betreffenden Geschäften. Sollten persönliche Gründe die Ursache der Differenzen gewesen sein, könne man dies so deklarieren, ebenso dass man sich zusammenraufte um wieder professionell miteinander arbeiten zu können. Er hoffe aber, es möge nicht bis zur nächsten ordentlichen Bürgerversammlung dauern, bis die Bürgerschaft informiert werde. Überdies hoffe er auf das Einsehen der GPK und dass diese ihren Auftrag wahrnehme und dementsprechend informiere.

Peter Jud, Vorsitzender der GPK, obere Leimenstrasse 9, hält zum Votum von Michael Balmer fest, dass die GPK die rechtliche Situation betreffend der Anstellung eines Mitglieds des Gemeinderates bei der Kurt di Gallo AG prüfte und dabei alles legal sei.

Bezugnehmend auf das Votum von Theodor Scheidegger gibt Peter Jud kund, die GPK stehe in engem Kontakt mit dem Amt für Gemeinden und ihr sei klar gesagt worden, sie hätte an der nächsten ordentlichen Bürgerversammlung zu informieren - nicht früher und nicht später. Dann stelle die GPK auch einen entsprechenden Antrag an die Bürgerversammlung. Soweit die rechtliche Abklärung gewisser Sachen nicht erfolgt sei, gelange man nicht an die Öffentlichkeit. Die GPK werde sich hüten, sich in einen Rechtsstreit zu verheddern, denn dafür sei auch kein Anlass vorhanden.

Bernhard Eugster, Ziegelhof 26, störe die Art und Weise wie die Angelegenheit "GPK-Gemeinderat" gehandhabt worden sei. Der Gesamtrücktritt der GPK sei etwas Tiefgreifendes. Über die möglichen Gründe bleibe ein Fragezeichen. Nachher einigen sich die Gremien, ohne dass die Themen auf den Tisch kämen. Erfolge keine Information an die Bürger, müsse man sich über Gerüchte, die Bildung von Grüppchen und entstehende Initiativen nicht wundern. Die ganze Sache nehme so eine Dimension an, die nicht gut sei und niemand haben wollte. Der Votant bittet, künftig in solchen Fällen zu berücksichtigen, dass das Vertrauen der Bürgerschaft stark von der Gewissheit abhängig sei, wenn nötig informiert zu werden - auch dann wenn einiges nicht laufe. Das dazu nötige Sensorium habe man walten zu lassen und einen Schritt in die Öffentlichkeit zu machen. Gerade wenn eine ganze Behörde zurücktrete, könne man nicht einfach sagen, man habe sich wieder geeinigt. Eine solche Situation erfordere eine öffentliche Information.

Gemeindepräsident Erich Jud räumt ein, Gemeinderat und GPK hätten anhand des genannten Vorfalles wohl einiges gelernt, was zwar nicht sehr angenehm gewesen sei.

Theodor Scheidegger, Ziegelhof 8, bedankt sich bei Peter Jud für die Information, wonach die GPK an der nächsten ordentlichen Bürgerversammlung einen oder mehrere Anträge stelle. Er habe auch Verständnis dafür, wenn die GPK offen kommuniziere, dass scheinbar noch rechtliche Abklärungen getätigt werden müssten. Dies höre er heute Abend erstmals und er bedanke sich für diese Information.

Gemeindepräsident Erich Jud stellt klar, dass den mittlerweile beigelegten Differenzen mit der GPK in keiner Art und Weise eine Veruntreuung zugrunde gelegen habe.

Oskar Gmür, Lindeli 1361, gratuliert, denn ein bisschen Vertrauen habe die Bürgerschaft zurückgegeben, indem sie einhellig der Einheitsgemeinde zustimmte. Auch er sei masslos enttäuscht gewesen über den wenige Wochen nach der diesjährigen ordentlichen Bürgerversammlung erfolgen unrechtmässigen Rücktritt der GPK. Die GPK sei das höchste Kontrollorgan der politischen Gemeinde und habe bisher - obwohl versprochen - nicht darüber informiert, was Sache sei. Die GPK habe auch keine Strafanzeige gegen einen oder mehrere Mitglieder des Gemeinderates eingereicht; es gehe also alles unter Amtsgeheimnis. Die Frage sei, wie der Gemeinderat und die GPK das verlorene Vertrauen wieder zurückgewinnen könnten. Es sei auch ein riesiger Imageschaden entstanden, nämlich beim Kanton, der Regierung und den umliegenden Gemeinden, wo Schänis sehr viel an Glaubwürdigkeit verloren habe. Die Zukunft werde es weisen. Der Votant hofft, es werde über das Notwendige informiert, damit das Vertrauen wieder aufgebaut werden könne. Das Geschimpfe in der Bevölkerung über Gemeinderat und GPK könne doch kein Dauerzustand sein.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verzeichnet.

Gemeindepräsident Erich Jud schliesst die heutige ausserordentliche Bürgerversammlung, die vielleicht - ohne dass die Anwesenden es merkten - eine historische gewesen sei. Er erachte den Entscheid als mutigen Schritt und die Bürgerschaft habe signalisiert, dass sie kommenden Veränderungsprozessen positiv gegenüber stehe.

Verbunden mit dem besten Dank für ihr Erscheinen und ihr Interesse, wünscht der Vorsitzende den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein besinnliches Bettagswochenende und einen guten Herbst und Winter. Er freue sich darauf, alle an der ordentlichen Bürgerversammlung vom 30. März 2007 gesund und munter wiederzusehen.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Versammlungsleiter:

Der Protokollführer:

.....
Erich Jud, Gemeindepräsident

.....
David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Die Stimmenzähler:

.....
Monika Meier

.....
Verena Glarner

.....
Ludwig Giger

.....
Joseph Tresp

In Anwendung von Art. 65 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 29. September bis 6. Oktober 2006 öffentlich aufgelegt.